

VDZI kommt nicht zu Wort

Im Anhörungsausschuss wurde dem Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen (VDZI) die Gelegenheit verweigert, bezüglich der geplanten Ausgliederung des Zahnersatzes aus der GKV aus Sicht der Branche Stellung zu nehmen.

Berlin (cm) – Im Fraktionsaal der SPD im Deutschen Bundestag fand im Rahmen der Vorbereitung eines Gesetzesentwurfs am 30.6.2003 die Anhörung zum 7. Komplex „Änderung in der vertragszahnärztlichen Versorgung und der Zahntechnik“

statt. Während dieser anderthalbstündigen Anhörung stellten die Vertreter der Parteien Fragen an die geladenen Ausschussmitglieder zur Ausgliederung des Zahnersatzes aus dem GKV-Leistungskatalog. Dabei wurden den Vertretern von SPD und CDU/CSU zweimal 18 Minuten Fragzeit eingeräumt, Bündnis 90/Die Grünen sowie die FDP jeweils zweimal 9 Minuten.

Den Experten, Sachverständigen sowie Vertretern von Verbänden und Gewerkschaften soll innerhalb dieses Anhörungsausschusses die Möglichkeit gegeben werden, zu Risiken, Schwierigkeiten und zu erwartenden Chancen des Gesetzesentwurfes Stellung zu nehmen. Äußern darf sich hierbei aber nur, wer von einem der Ausschussmitglieder gefragt wird.

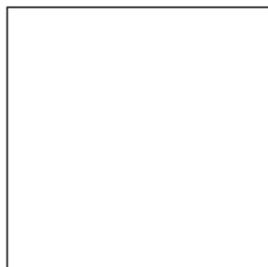
Im Verlaufe der Anhörung vom 30.6.03 wurde diese Möglichkeit jedoch ausschließlich den Spitzenvertretern der gesetzlichen und privaten Krankenkassen sowie der Zahnärzteschaft gewährt. So begrüßten Manfred Gilles vom Freien Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) sowie BZÄK-Präsident Dr. Dr. Jürgen Weitkamp die Initiative, den Zahnersatz auszugliedern und sprachen von einem „idealen Testfeld“, Teile der Zahnheilkunde zu privatisieren. Auch der Verband der privaten Krankenversicherungen steht der Einführung einer obligatorischen Zusatzversicherung offen gegenüber. Der Präsident

des Verbandes Deutscher Zahntechniker-Innungen, Lutz Wolf, erhielt hingegen

keinerlei Gelegenheit, auf die mit dem Vorhaben verbundenen ernsthaften Konsequenzen für das Zahntechniker-Handwerk hinzuweisen. Betrachte man den Umstand, dass die unmittelbar Betroffenen – in diesem Fall die deutsche Zahntechniker-Branche – zu diesem weitreichenden Gesetzesvorhaben

theoretisch hätte Stellung nehmen können, ihr jedoch auf Grund vorgeschriebener Reglementarien im Ablauf einer solchen Anhörung regelrecht der Mund verboten wurde, ist dies ein Skandal. Über die Gründe, warum es zu keiner Anhörung kam, kann man hier wohl nur spekulieren. **ZT**

ANZEIGE



ZT Schreiben Sie uns!

Ihnen brennt ein Thema unter den Nägeln? Sie möchten den Berufskollegen Ihre ganz persönlichen Erfahrungen und Ansichten näher bringen, zur allgemeinen Diskussion anregen oder unserer Redaktion einfach nur Feedback geben? Dann schreiben Sie uns! Schicken Sie uns Ihre Meinung an folgende Adresse:

Redaktion ZT Zahntechnik Zeitung
Stichwort „Leserbriefe“
Oemus Media AG
Holbeinstraße 29
04229 Leipzig
Fax: 03 41/4 84 74-2 90
E-Mail: c.sens@oemus-media.de



ZT ZAHNTECHNIK ZEITUNG

KOMMENTAR Man nehme einen einflussreichen Politiker ...

Regierung und Opposition haben es geschafft, einen Konsens zur Gesundheitsreform zu erarbeiten. Eine wirklich tolle Leistung, sollte man meinen. Doch was hat es damit wirklich auf sich? Bereits auf dem ersten Blick erkennt der Fachmann, dass wieder nur ein Bereich massiv von der neuen Gesundheitsreform betroffen sein wird – der Zahnersatz. Im ernsthaften Glauben, das deutsche Gesundheitssystem retten zu können, wenn den gesetzlichen Krankenkassen ca. 2,5 % ihrer Ausgaben erspart bleiben, wird an diesem Bereich seit Jahrzehnten so erfolgreich herumgedoktert, bis ein ganzer Berufsstand in unserem Land von der Politik an die Wand gefahren wird und die Krankenkassenausgaben munter weiter steigen. Gleichwohl signalisieren viele Krankenkassen, dass die ausgehandelten Maßnahmen nicht reichen werden, um die Beitragssätze zu senken. Auch die Gesundheitsministerin gibt zu erkennen: „Die große Reform muss spätestens 2010 stehen.“ Da stellt man sich unweigerlich die Frage, was das Ganze überhaupt soll. Ist man in der Politik wirklich nicht mehr in der Lage, notwendige Entscheidungen dann zu treffen, wenn es erforderlich ist? Nun gut. Erforderlich waren grundlegende Entscheidungen schon vor fünf Jahren und früher.

Wer schon lange in der Zahntechnik tätig ist, kann sich also wieder nur an den Kopf greifen, denn man kennt dieses Spiel nun schon zur Genüge. Aber keine Sorge. Es hat schon seinen Grund, weshalb der Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der GKV fliegen soll. Und wenn es nur die eigenen Interessen von einzelnen Politikern sind. So kann man, wenn man böswillig ist, vermuten, dass die private Versicherungswirtschaft im Zahnersatz ein lukratives Versicherungsgeschäft sieht. Um dieses Geschäft an sich zu ziehen, braucht man nur ein paar einflussreiche Politiker davon zu überzeugen, dass es auch für sie das Beste wäre. Geeignete Adressaten sind u.a. Persönlichkeiten, die in Beiräten

diverser Versicherungen tätig sind, wie der CDU-Sozialexperte Andreas Storm. Es drängt sich förmlich der Gedanke auf, dass er gute Gründe hat, dass der Zahnersatz in die Hände privater Krankenversicherer kommt. Wo bleibt da die erkennbare, politische Neutralität? Wie weit gehen eigene Interessen? Auch wenn Storm ehrenhaft gehandelt hat, ein übler Beigeschmack bleibt. Die CDU wäre gut beraten, wenn sie auf solche Dinge in Zukunft besser achten würde und ihre Abgeordneten entsprechend einsetzt.

Roman Dotzauer

ZT Kurzvita



Roman Dotzauer

- geboren am 10.08.1970 in Neudettelsau, Landkreis Ansbach
- 1987–1989 kaufmännische Ausbildung
- 1993–1994 Ausbildung zum Betriebswirt des Handwerks
- seit 1991 Geschäftsführer eines Dentallabors
- seit 2001 stellv. Obermeister der Zahntechniker-Innung Westsachsen
- seit 2002 Stadtrat in Ansbach
- seit 2003 Chefredakteur der ZT Zahntechnik Zeitung

ZT IMPRESSUM ZAHNTECHNIK ZEITUNG

Verlag

Verlagsanschrift:
Oemus Media AG
Holbeinstraße 29
04229 Leipzig
Tel.: 03 41/4 84 74-0
Fax: 03 41/4 84 74-2 90
kontakt@oemus-media.de

Chefredaktion

Roman Dotzauer (rd) Tel.: 03 71/52 86-0
Betriebswirt d. H. E-Mail: roman-dotzauer@dotzauer-dental.de
(v.i.S.d.P.)

Dirk Hein (dh)

(Assistenz Chefredaktion) Tel.: 03 71/52 86-0
E-Mail: dirk_hein@web.de

Redaktionsleitung

Cornelia Sens (cs), M.A. Tel.: 03 41/4 84 74-1 22
(Ressort Berufspolitik, Wirtschaft) E-Mail: c.sens@oemus-media.de

Redaktion

Holger Trampert (ht), ZTM Tel.: 0 89/9 04 32 21
(Ressort Berufspolitik) E-Mail: zwl@htz.de

Carsten Müller (cm), ZTM

Betriebswirt d. H. Tel.: 03 41/69 64 00
(Ressort Wirtschaft) E-Mail: Adentaltec@aol.com

Natascha Brand (nb), ZT

(Ressort Technik, Service) Tel.: 0 62 62/91 78 62
E-Mail: brand@dentalnet.de

Projektleitung

Stefan Reichardt Tel.: 03 41/4 84 74-2 22
(verantwortlich) reichardt@oemus-media.de

Anzeigen

Lysann Pohlann Tel.: 03 41/4 84 74-2 08
(Anzeigendisposition/ Fax: 03 41/4 84 74-1 90
-verwaltung) ISDN: 03 41/4 84 74-31/-1 40
(Mac Leonardo)
03 41/4 84 74-1 92 (Fritz-Card)
pohlann@oemus-media.de

Herstellung

Ilka Richter Tel.: 03 41/4 84 74-1 15
(Grafik, Satz) richter@oemus-media.de

Die ZT Zahntechnik Zeitung erscheint regelmäßig als Monatszeitung. Die Beiträge in der „Zahntechnik Zeitung“ sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Verbands-, Unternehmens-, Markt- und Produktinformationen kann keine Gewähr oder Haftung übernommen werden. Es gelten die AGB und die Autorenerichtlinien. Bezugspreis: Einzelheft 3,50 € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Jahresabonnement im Inland 35,- € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Abo-Hotline: 03 41/4 84 74-0. Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung (gleich welcher Art) sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen – für alle veröffentlichten Beiträge – vorbehalten. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Bei allen redaktionellen Einsendungen wird das Einverständnis auf volle und auszugsweise Veröffentlichung vorausgesetzt, sofern kein anders lautender Vermerk vorliegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bücher und Bildmaterial übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Warum sich CDU-Sozialexperte Storm für eine komplette private Absicherung des Zahnersatzes stark macht

„Milchmädchenrechnung“

Andreas Storm, er gilt CDU/CSU-intern als der härteste Widersacher Horst Seehofers in der aktuellen Reformdiskussion, kämpft vehement für eine Ausgrenzung des Zahnersatzes aus der GKV. Dabei steht er allerdings im Verdacht, nicht ganz uneigennützig zu handeln.

(dh) – „Es gibt nicht nur die soziale Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich, sondern auch eine Gerechtigkeit zwischen Jung und Alt“, so polemisiert der CDU-Experte für mehr Privatisierung im Gesundheitswesen. Man könne einem 20-jährigen Beitragszahler nicht zumuten, für einen 75-Jährigen Beiträge zu zahlen, ohne ihm die Sicherheit zu bieten, selbst einmal gleiche Leistungen im Alter zu erhalten. Eine „Milchmädchenrechnung“, die so auf keinen Fall stimmen kann. Die Konsequenz aus eben Gesagtem wäre

nämlich eine vollständige Privatisierung unseres Vorsorgesystems und damit das Ende unserer Solidargemeinschaft. Abgesehen davon, ob man Storms Positionen nachvollziehen kann oder nicht, erscheint es doch recht fragwürdig, ob hier nach rein sachlichen Erwägungen argumentiert wird. Denn Andreas Storm sitzt neben seiner Tätigkeit als CDU-Sozialexperte und Mitglied des Seehofer-Verhandlungsteams im Beirat der Barmenia Versicherungs AG, einer der exponiertesten Verkäufer privater Versicherungspoli-



Andreas Storm (CDU), Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales.

cen und somit auch einer der wahrscheinlich größten Nutznießer einer möglichen Ausgrenzung des Zahnersatzes aus der GKV. Dabei handelt es sich – das muss an dieser Stelle gesagt sein – um ein moralisches, allerdings um kein rechtliches Problem. Denn Andreas Storm hat seinen Beiratsposten ordnungsgemäß im Bundestag angeben. Ein Faktum, was ihn allerdings für eine Mitarbeit in einer so wichtigen Kommission wie der zur Reformierung des Gesundheitswesens hätte disqualifizieren müssen! **ZT**